


AI-LUXEMBURG NEWS

INFORMATIONSBLATT VON AMNESTY INTERNATIONAL LUXEMBURG

**NOCH IMMER ZU VIELE UNBES-
TRAFTE VERBRECHEN : STELLUNG-
NAHME DER GRUPPE INTERNATIO-
NALE JUSTIZ**

**ENGAGIEREN SIE SICH FÜR DEN
TIBETISCHEN REGISSEUR
DHONDUP WANGCHEN!**

**VOM 10. OKTOBER BIS 13. DE-
ZEMBER: CINEMA DU SUD
2012 „ALL RIGHT(S)?! Les
droits à l’affiche“**



**EIN STARKES WAFFEN-
HANDELS-ABKOMMEN:
NOCH SIND ALLE HOFF-
NUNGEN ERLAUBT**

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

www.amnesty.lu

www.facebook.com/amnestyluxembourg



n°4/2012

BALD IM GROßHERZOGTUM...



Damit es immer einen Hoffnungsschimmer gibt!
Für unser Rechte!
Für die, die sie verteidigen!

KERZENKAMPAGNE 2012
Vom 25. Oktober bis 10. Dezember

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Editorial



Stan Brabant,
Direktor von AI-Luxemburg

Über den Krieg in Syrien, die Verhandlungen über ein Waffenhandelsabkommen, die Übernahme des Sekretariats des Lëtzebuurger Flüchtlingsrots und die Verstärkung unserer Sektion kamen wir in den letzten Monaten kaum zum Atemholen. Der Sommer war daher die rechte Zeit, um die Wirkung unserer Aktivitäten seit Januar zu analysieren. Kurz: Die Bilanz bis heute ist wahrhaft ermutigend und unsere Bemühungen haben sich anscheinend gelohnt.

Dies erweist sich darin, dass die sehr zahlreichen Briefe von Mitgliedern AI-Luxemburgs u. a. zur Freilassung von Khader Adnan (Palästina) und Dr. Mohamed al-Ammar (Syrien) geführt haben. Durch solche Briefe konnte auch das Leben von zwei zum Tod Verurteilten, nämlich von Thomas Arthur (USA) und Intisar Sharif Abdallah (Sudan), gerettet werden. Sie haben auch zur Abschaffung der Todesstrafe im US-Bundesstaat Connecticut beigetragen.

Unsere Sektion gab ferner den Anstoß zur Bildung einer Koalition für einen Vertrag über den Waffenhandel durch vier luxemburgische NGOs (Amnesty International, Caritas, Rotes Kreuz und Handicap International). Auf die Appelle dieser Koalition und 1 430 Unterschriften für unsere Petition ist es zurückzuführen, dass Luxemburg bei den Vertragsverhandlungen eine starke Position eingenommen hat. Und als am 27. Juli eine kleine Gruppe von Staaten den sofortigen Abschluss des Vertrags blockierte, war Luxemburg eines der Länder, die zu einer raschen

Annahme des Vertrags im Rahmen der Vollversammlung der Vereinten Nationen, in der die Stimme der sich sperrenden Staaten nicht mehr entscheidend sein wird, aufriefen. Wir werden deshalb in den nächsten Monaten unsere dahin gehenden Bemühungen fortsetzen, damit der Vertrag über den Waffenhandel möglichst bald Wirklichkeit wird.

In den letzten Monaten wurde auch die Gruppe für Internationale Justiz wieder belebt und unsere Präsenz an den Schulen des Großherzogtums wieder aufgenommen. Auch hat sich unsere zunehmende Präsenz in den Luxemburger Medien u.a. dadurch ausgezahlt, dass mehr Leute denn je unsere Website und unsere Facebook-Seite aufgerufen haben.

Umso besser, wird es doch in den nächsten Monaten nicht an Schwierigkeiten mangeln. Angesichts der Eskalation der Gewalttaten in Syrien, der Manöver zur Verzögerung der Annahme des Waffenhandelsabkommens und der sich verschärfenden Ausweisungspraxis im Großherzogtum werden wir wachsamer sein müssen als je zuvor. Deshalb ist die Verstärkung von Amnesty International so wichtig, in Luxemburg wie auch auf internationaler Ebene.

So gesehen wird die Kerzenkampagne 2012 ein wichtiges Ereignis sein. Zum einen ermöglicht sie uns für fünf Menschenrechtsverteidigern einzutreten deren Leben zur Zeit in großer Gefahr sind. Zum anderen ermöglicht sie es uns einmal mehr, der Öffentlichkeit durch den Verkauf der bekannten Amnesty-International-Kerzen unsere Sicht der Dinge nahezubringen. Wir zählen darauf, dass jede und jeder von Ihnen, uns dabei unterstützt, diese Kampagne 2012 zu einem Erfolg zu machen.

Inhalt

- 4. DIE NEUIGKEITEN DES SOMMERS**
- 5. NOCH IMMER ZU VIELE UNBESTRAFTE VERBRECHEN**
- 6. SYRIEN: ZIVILISTEN TRIFFT ES MIT VOLLER WUCHT**
- 6. DER ABWESENDE HAT IMMER UNRECHT? FILM MIT DISKUSSION ÜBER DIE EUROPÄISCHE MIGRATIONSPOLITIK**
- 7. EIN STARKER VERTRAG ÜBER DEN WAFFENHANDEL: NOCH SIND ALLE HOFFNUNGEN ERLAUBT**
- 7. VOM 10. OKTOBER BIS 13. DEZEMBER: CINEMA DU SUD 2012 „ALL RIGHT(S)?! Les droits à l'affiche“**
- 8. ENGAGIEREN SIE SICH FÜR DHONDUP WANGCHEN!**
- 8. WERDEN SIE MITGLIED VON AI-LUXEMBURG: HELFEN SIE MIT FÜR DIE MENSCHENRECHTE**

DIE NEUIGKEITEN DES SOMMERS: So ruhig dieser Sommer auch zu sein schien, war er doch ereignisreich für die Luxemburger Sektion von Amnesty International...

SALIL SHETTY IN LUXEMBURG



Salil Shetty, Generalsekretär von AI

Am 23. Juli kam Salil Shetty, der Generaldirektor von Amnesty International, für einen kurzen Besuch nach Luxemburg, um mit der Direktion und dem Personal der Europäischen Investitionsbank (EIB) zusammenzukommen. Es begleiteten ihn Audrey Gaughran und Nele Meyer, zwei Spezialistinnen für die Thematik „Geschäftstätigkeit und Menschenrechte“ bei Amnesty International. Als er dem Personal die Arbeit von AI vorstellte, brachte er u. a. die Zwangsvertreibung von Familien in Bel-

grad zur Sprache, die im Rahmen eines von der EIB finanzierten Projekts stattfand. Er erklärte: „Alle Finanzeinrichtungen haben die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sie keine Projekte oder Tätigkeiten finanzieren, die Menschenrechtsverstöße mit herbeiführen könnten.“ Außerdem hob er die Bedeutung der Information hervor. „Sicherzustellen, dass Einzelne und Gemeinschaften Zugang zu den Informationen haben, ist ausschlaggebend dafür, dass sie ihre Rechte verteidigen können.“

SHELL LEHNT ÖFFENTLICHE ÜBERGABE DER PETITION ZUR REINIGUNG DER REGION BODO AB

Am 4. Juli versuchte eine Delegation von AI, **309 190** in über 20 Ländern der Welt, **darunter auch in Luxemburg**, gesammelte Unterschriften am Sitz von Shell in Den Haag zu überreichen. Mit der Petition wurde die Ölgesellschaft aufgefordert, ihre Verantwortung zu übernehmen und die Region Bodo (Nigeria) reinigen zu lassen.

Bedauerlicherweise weigerte sich Shell, die Petition öffentlich entgegenzunehmen, weil AI seiner Ansicht nach zu kritisch ihm gegenüber geworden ist. Die Petition richtete sich an den Generaldirektor von Shell, Peter Voser; da er sich aber weigerte, die Unterschriften persönlich entgegenzunehmen, wurden sie Dick Benschop, dem Direktor von Shell Nederland, übergeben. Er versicherte uns, dass er für die Weiterleitung der Petition an Herrn Voser Sorge werde.

In alldem liegt eine beunruhigende Entwicklung, da es darauf hindeutet, dass Shell noch weniger bereit ist, einen Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft zu führen oder die Besorgnis der aktiven Bürger öffentlich zur Kenntnis zu nehmen. 2009 etwa hatte es unsere Petition öffentlich entgegengenommen.



Amnesty International vor dem Hauptsitz von Shell in Den Haag in den Niederlanden am 4. Juli

ERWEITERUNG DES TEAMS VON AI-LUXEMBURG



Nicolas Decock

Am 16. Juli kam ein weiteres Mitglied zu unserem Team hinzu: **Nicolas Decock** als Fundraiser und Medienbeauftragter unserer Sektion.

Nicolas Decock ist 30 Jahre alt und wohnte den größten Teil seines Lebens in der Gemeinde Berdorf in der Luxemburger Schweiz. Er ist jüngst aus Brüssel zurückgekehrt, wo er vier Jahre lang

Marketing studiert und als Kaufmann für Sony Europe gearbeitet hat. Aus einer Historikerfamilie stammend interessierte er sich schon immer leidenschaftlich für Geschichte und das Zeitgeschehen und ist eher durch Zufall in die Welt des Handels gelangt. Daraus entwickelte sich für ihn der Reiz, Marketing zu studieren und zu seinem Beruf zu machen.

Gestützt auf sein ausgeprägtes Gespür für Menschenrechte möchte er nun seine Fähigkeiten auf dem Gebiet des Marketing für die Förderung der Arbeit von Amnesty International in Luxemburg einsetzen. Wir wünschen ihm dafür alles Gute!

AMNESTY LUXEMBURG ÜBERNIMMT DAS SEKRETARIAT DES LÉTZEBUERGER FLÜCHTLINGSROT

Als dem Collectif Réfugiés Luxembourg (Lëtzebuenger Flüchtlingsrot, LFR) angehörender Verein hat Amnesty kürzlich für die Dauer eines Jahres im Rahmen der Rotation das Sekretariat des Kollektivs von Juli 2012 bis Juli 2013 übernommen.

Der LFR ist ein Zusammenschluss Luxemburger Vereine. Von unterschiedlichen Horizonten herkommend verfolgen die ihm angehörenden Vereine im Rahmen ihres jeweiligen Mandats das gemeinsame Ziel, „sich um die Personen zu kümmern und sich für sie einzusetzen, die ihr Land haben verlassen müssen und Zuflucht in Luxemburg suchen“.

Derzeit besteht das Collectif Réfugiés aus neun Vereinen: *ACAT, Amnesty, ASTI, ASTM, CARITAS, CEFIS, CLAE* und *VIE NOUVELLE*.

NOCH IMMER ZU VIELE UNBESTRAFTE VERBRECHEN

Anlässlich des Tags der internationalen Strafgerichtsbarkeit am 17. Juli gab die Gruppe Internationale Justiz von AI-Luxemburg eine Stellungnahme ab, um an die Erfordernisse auf diesem Gebiet zu erinnern. Sie wurde in „Le Quotidien“ am 17. Juli veröffentlicht.

Am Tag der internationalen Strafgerichtsbarkeit wird an die Schaffung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) durch die Annahme des Statuts von Rom am 17. Juli 1998 erinnert. Eine Gelegenheit für Amnesty International Luxemburg, die internationale Strafgerichtsbarkeit zu erörtern.

Bisher wurden nur wenige Personen wegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Völkermord verurteilt. Es ist illusorisch zu erwarten, dass der IStGH es allein bewältigen kann, die Täter solcher Verbrechen, die die internationale Gemeinschaft insgesamt betreffen, abzuurteilen. Amnesty International tritt nachdrücklich dafür ein, dass die nationalen Gerichte und der IStGH zusammen die Instrumente der internationalen Justiz zur Bekämpfung der Straflosigkeit sein sollen.

Damit die Staaten im Kampf gegen die Straflosigkeit ihren Teil beitragen können, müssen die Definitionen von Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord in nationales Recht aufgenommen werden. Sie müssen das Weltrechtsprinzip anerkennen, wonach die nationalen Gerichte für diese Verbrechen zuständig sind, egal wo sie begangen wurden und welchem Staat die Täter angehören. Schließlich müssen die Staaten auch die entsprechenden finanziellen und menschlichen Mittel für Strafverfolgung und Aburteilung der Verbrecher bereitstellen.

In dieser Hinsicht begrüßen wir das luxemburgische Gesetz vom 27. Februar 2012 zur Ahndung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression, bedauern jedoch, dass die im Ausland begangenen Verbrechen nur unter bestimmten Voraussetzungen in Luxemburg geahndet werden können. Diese Einschränkung des Weltrechtsprinzips hindert Luxemburg daran, wirksam gegen die Straflosigkeit vorzugehen.

NOCH STEHT DER IStGH AUF SCHWACHEN BEINEN

Der IStGH erließ am 14. März 2012 sein erstes Urteil, mit dem er Thomas Lubanga für schuldig befand, in der Demokratischen Republik Kongo Kindersoldaten eingesetzt zu haben. Am 10. Juli wurde seine Strafe auf 14 Jahre Gefängnis festgesetzt. Diese Verurteilung gibt den Opfern erstmals Gelegenheit, Schadensersatz zu verlangen. Doch fehlt es dem IStGH an Mitteln, denn die Staaten verweigern derzeit eine Erhöhung ihrer finanziellen Unterstützung, obwohl die Aktivitäten des IStGH zunehmen. Dies macht es den Opfern unmöglich, sich an den Verfahren zu beteiligen und Schadensersatz beim IStGH einzuklagen. Deshalb appelliert AI an die luxemburgische Regierung, ihre politische und finanzielle Unterstützung des IStGH zu verstärken und zu seinem Fond für die Opfer beizutragen. Dieser Beitrag ist unerlässlich, um den Opfern beim Wiederaufbau ihres Lebens zu helfen und sie so weit wie möglich in die Lage zurückzusetzen, in der sie sich vor dem Verbrechen befanden.



Die Zehnjahresbilanz des IStGH ist durchaus beachtlich. Er führt zur Zeit Untersuchungen in sieben afrikanischen Ländern durch und prüft Verbrechensvorwürfe in sieben anderen Ländern daraufhin, ob Anlass zu Untersuchungen besteht. Gegen mehrere Staatsoberhäupter, so etwa den sudanesischen Präsidenten Omar al-Baschir, liegen oder lagen Haftbefehle des IStGH vor. Doch viele Staaten erschweren den Zugang zur Gerechtigkeit, indem sie nicht voll mit dem IStGH zusammenarbeiten. Außerdem hat es auch der UNO-Sicherheitsrat (der an den IStGH verweisen kann) mehrfach versäumt zu kooperieren, so wie er dies derzeit in Bezug auf Syrien tut. Im Übrigen haben zwar 121 Staaten schon das Statut von Rom ratifiziert, doch bei vielen anderen steht dies noch aus.

Schließlich haben die neusten Ereignisse gezeigt, dass der IStGH direkt von Staaten bedroht werden kann. So wurden am 7. Juni in Libyen nach einem Gespräch mit Saif al-Islam al-Gaddafi dessen Anwältin und drei Mitglieder des IStGH festgenommen. Sie wurden zwar am 2. Juli wieder freigelassen, doch zeigen solche Ereignisse, mit welchen Schwierigkeiten der IStGH zu kämpfen hat.

Der IStGH ist noch neu, die bei ihm behandelten Rechtssachen außerordentlich komplex und zeitaufwendig. Am 15. Juni wurde die neue Chefanklägerin des IStGH Fatou Bensouda ernannt. Zahlreiche Herausforderungen erwarten sie. Wird sie die internationale Strafgerichtsbarkeit auf dem afrikanischen Kontinent fördern können? Und vor allem: Wird sie der Welt klar machen können, dass das Engagement des IStGH über Afrika, wo allein bisher Untersuchungen des IStGH stattfinden, hinausgehen muss?

GRUPPE INTERNATIONALE JUSTIZ VON AI-LUXEMBURG

Die Gruppe Internationale Justiz ist eine aus Juristen und Anwälten zusammengesetzte Arbeitsgruppe von Amnesty International Luxemburg, deren Ziel es ist, die Öffentlichkeit und die Regierung des Großherzogtums für die Bedeutsamkeit der Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs zu sensibilisieren. Wenn Sie Interesse haben, sich der Gruppe anzuschließen, so wenden Sie sich bitte an a.argirova@amnesty.lu.

SYRIEN: ZIVILISTEN TRIFFT ES MIT VOLLER WUCHT

Laut zwei neuen, im August 2012 veröffentlichten Berichten von Amnesty International erleiden die Zivilisten in der Schlacht, die die Streitkräfte der Regierung und die Kämpfer der Opposition einander in Syrien liefern, Gewalt in grauenerregendem Ausmaß. Im Lauf eines zehntägigen Besuchs in Aleppo (Halab) untersuchte eine Delegation von Amnesty International etwa 30 Angriffe, bei denen sehr viele nicht an den Feindseligkeiten beteiligte Zivilpersonen, darunter zahlreiche Kinder, zuhause oder als sie zum Brotkaufen anstanden, verletzt oder getötet wurden.

Die beiden Berichte verzeichnen auch eine starke Zunahme von Fällen, in denen nicht in die Kämpfe verwickelte Zivilisten außergerichtlich oder aufgrund eines summarischen Verfahrens hingerichtet wurden. Auf dem Gelände, das den Sitz des Geheimdienstes der Luftwaffe umgibt, wurden zahlreiche Leichen gefunden, bei denen es sich im Wesentlichen um Handschellen tragende junge Männer handelte, die durch Kopfschuss getötet worden waren.

Die neuen Berichte zeigen auch, dass Angehörige von Demonstranten und Passanten, die durch die Sicherheitskräfte niedergeschossen worden waren, gezwungen wurden, Erklärungen zu unterschreiben, wonach die Betroffenen durch „Gruppen bewaffneter Terroristen“ getötet wurden. In den Berichten wird außerdem vermerkt, dass in vielen Fällen Gefangene von Kämpfern, die einer Vielzahl in den Städten operierender bewaffneter Gruppen der Opposition, darunter der Syrischen Befreiungsarmee, angehörten, illegal getötet oder misshandelt wurden.

„Es ist eine Schande, dass die internationale Gemeinschaft noch immer uneinig in Bezug auf Syrien ist und alle vorliegenden Beweise über Umfang und Schwere der im Land begangenen Verletzungen der Grundrechte außer Acht lässt. Es ist eine Schande, dass sie den Blick abwendet, wo doch die Zivilisten mit voller Wucht getroffen werden“, erklärte Donatella Rovera, die die Mission für Amnesty International leitete.



Die sechsjährige Salah Suri verlor ihren Arm als das Haus ihrer Familie am 9 August bombardiert wurde. Während des Angriffs kam ihr dreijähriger Bruder Fadi Suri ums Leben.

DER ABWESENDE HAT IMMER UNRECHT? FILM MIT DISKUSSION ÜBER DIE EUROPÄISCHE MIGRATIONSPOLITIK

Am 3. Juli organisierte Amnesty International Luxemburg und der Lëtzeburger Flüchtlingsrot in der Neumünsterabtei eine Filmvorführung mit Diskussion über das Thema Immigration. Diese Veranstaltung sollte die luxemburgische Öffentlichkeit für die ernstesten und zunehmenden Schwierigkeiten sensibilisieren, mit denen Asyl Suchende in Europa konfrontiert sind.

Der gezeigte Film „Le piège de Dublin“ (Die Dublin-Falle) lenkte insbesondere die Aufmerksamkeit auf die Unfähigkeit der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten, Asyl Suchenden würdig beizustehen. Am Beispiel



Griechenland schildert der Film, gestützt auf Fakten, methodisch die Unfähigkeit und/oder den fehlenden Willen der europäischen Staaten, ihre eigenen Prinzipien und insbesondere die elementarsten Menschenrechte anzuwenden, die das Fundament des Gebäudes Europa bilden.

Die anschließende Diskussion fand in einer dem Thema angemessenen Runde statt: mit dem luxemburgischen Rechtsanwalt **Olivier Lang**, Experte auf diesem Gebiet und Mitglied des europäischen Fachkreises „Odyssee“, und **Fari Khabirpour**, Direktor des Centre de rétention auf dem Findel. Die Diskussion wurde von Rechtsanwalt **Frank Wies**, dem

Vizepräsidenten von Amnesty International Luxemburg, moderiert. Auch das – durch den Film beeindruckte – Publikum nahm aktiv an der Diskussion teil.

Fari Khabirpour sprang aus eigenem Antrieb für Immigrationsminister Nicolas Schmit ein, der sich im letzten Moment hatte entschuldigen lassen. Auf Anfrage hatte das Ministerium erklärt, dass es keine Ersatzperson schicken wolle.

Mehrere Diskussionsteilnehmer stellten einen Zusammenhang der Abwesenheit von Minister Schmit mit anderen in letzter Zeit vom Ministerium ausgesandten negativen Anzeichen her, so mit der Schließung der Asylstelle im letzten Jahr – ein einmaliger Fall in Europa – oder auch mit der immer längeren Zeit für die Bearbeitung der Asylanträge und dem auf die abgelehnten Antragsteller ausgeübten Druck. Wie ein Diskussionsteilnehmer es ausdrückte: „*Es ist an der Zeit, dass das Ministerium Ordnung ins Haus bringt und endlich angemessen auf die bestehenden Herausforderungen reagiert, z. B. indem es sein Personal schult und jede Art von Provokation oder Stigmatisierung einer schon jetzt so verwundbaren Bevölkerungsgruppe, insbesondere in der Presse, beendet.*“

Rechtsanwalt Wies schloss die Diskussion mit dem Wunsch, dass die Verantwortlichen des Luxemburger Flüchtlingsdiensts eine auf Rede und Gegenrede beruhende Erörterung akzeptieren, die eine Bekämpfung der möglicherweise bei ihnen wie auch in der Zivilgesellschaft bestehenden Vorurteile erlauben und so einen besseren Schutz der Würde und der Grundrechte der Asyl Suchenden ermöglichen würde.

EIN STARKER VERTRAG ÜBER DEN WAFFENHANDEL: NOCH SIND ALLE HOFFNUNGEN ERLAUBT!

Während die im Feuer des Konflikts in Syrien stehenden Zivilpersonen weiter Anlass zu großen Schlagzeilen geben, haben sich China, Russland und die USA am 27. Juli dafür eingesetzt, etwas aufzuschieben, was vielleicht ein historisches Abkommen zur Beendigung von unverantwortbarem Waffenhandel hätte werden können.

Als ein durchsetzungskräftiger Vertrag über den Waffenhandel schon fast mit Händen zu greifen war, weil der letzte, am 26. Juli bei den Vereinten Nationen eingebrachte



Vertragsentwurf eine solide Basis für die Annahme einer guten Regelung darstellte, verlangten die USA am 27. Juli, dem letzten Tag der Verhandlungen, mit Unterstützung von Russland und China mehr Zeit, um zu einer Einigung finden zu können.

„Jede Minute stirbt ein Mensch durch Waffengewalt. Es ist daher zwingend geboten, dass die mächtigen Staaten mit gutem Beispiel vorangehen. Präsident Obama hat mehr Zeit für die Erzielung einer Vereinbarung verlangt. Wie viel Zeit benötigt er noch?“ erklärte Salil Shetty, der Generalsekretär von Amnesty International.

AI vertraut jedoch weiter darauf, dass ein wirksamer Vertrag über den Waffenhandel zustande kommen kann, da die Regierungen in großer Mehrheit versichert haben, dass sie weiter auf eine solide Regelung hinarbeiten wollen, die die Menschenrechte schützt.

Zum Ende der vierwöchigen Verhandlungen bei den Vereinten Nationen in New York haben über 90 Länder, darunter das Großherzogtum Luxemburg, eine Erklärung unterzeichnet, in der sie an ihre Entschlossen-

heit erinnern, möglichst bald einen Vertrag über den Waffenhandel zustande zu bringen.

AI setzt sich seit bald 20 Jahren dafür ein, dass ein solcher Vertrag Wirklichkeit wird, im vollen Bewusstsein der Notwendigkeit, den unverantwortbaren und unzureichend geregelten Waffenhandel zu beenden. Dass Millionen von Zivilisten getötet, verwundet, misshandelt oder von zuhause vertrieben werden, ist die direkte Folge von Transfers von Waffen an Regierungen, die diese gegen ihre Bevölkerung einsetzen.

„Diese Verhandlungen waren eine Nagelprobe für die führenden Politiker der Welt. Eine Handvoll Mächtige hielten nicht, was sie versprochen und zogen politisches Eigeninteresse vor. Sie mögen die Welle weltweiter Zustimmung aufhalten – aber nicht mehr lange. Die Mehrheit der Staaten, die ein robustes Abkommen wollen, muss den Druck aufrecht erhalten, damit man noch in diesem Jahr zu einer Einigung gelangt“, erklärte Salil Shetty.

Der Vertragsentwurf wird wohl der UNO-Vollversammlung im Oktober vorgelegt werden. AI wird seine Arbeit für den Abschluss eines robusten, die Menschenrechte schützenden Abkommens fortsetzen.

Wenn im Lauf des Jahres ein Abkommen erzielt wird, werden die Regierungen aufgrund dieses Vertrags erstmals in der Geschichte gehalten sein, bei ihren Entscheidungen über Waffentransfers dem Schutz der Zivilpersonen Rechnung zu tragen.



Die Aktivistinnen von Amnesty International vor dem Weißen Haus in Washington

VOM 10. OKTOBER BIS 13. DEZEMBER: CINEMA DU SUD 2012 « ALL RIGHT(S)?! Les droits à l'affiche »

Jedes Jahr werden bei dem von einem Konsortium von NGOs organisierten Festival Cinéma du Sud Filme gezeigt, die die luxemburgische Öffentlichkeit mit den Mitteln des Kinos für die Entwicklung und die Rechte berührende Themen sensibilisieren sollen.

Das Thema des Festivals wechselt von Jahr zu Jahr. So betraf das Festival Cinéma du Sud 2010 die Millennium-Entwicklungsziele, während 2011 die Frage „Wachstum – große Leistungen oder große Ausbeutung?“ den Leitfaden für das Festivalprogramm bildete.

Dieses Jahr wird das Festival aufgrund der Kommentare der Zuschauer des letzten Jahres das Thema Menschenrechte unter dem Motto „All Right(s)?! Les droits à l'affiche“ ansprechen.



Aus diesem Anlass werden Amnesty International Luxemburg und das Luxemburger Rote Kreuz den Film „Pray the Devil Back to Hell“ vorführen, der die ergreifende Geschichte tapferer Frauen behandelt, die sich zu dem Zweck zusammenschlossen, Frieden für das jahrzehntelang durch Bürgerkrieg zerrissene Liberia zu fordern.

So demonstrierten 2003 Tausende von gewöhnlichen Frauen – christliche und moslemische – allein mit weißen T-Shirts und dem Mut ihrer Überzeugung „bewaffnet“, für ein Ende der bewaffneten Kämpfe. Mit seiner Geschichte der Aufopferung, der Einheit und der Erhabenheit würdigt der Film die Kraft und die Ausdauer der Friedensbewegung der liberianischen Frauen, die von Leymah Gbowee, der Trägerin des Friedensnobelpreises 2011, angeführt wurde.

Zugleich illustriert der Film die Folgen unverantwortlichen Waffenhandels für die Menschen und plädiert für ein Recht auf Sicherheit für alle. An die Vorführung wird sich eine Diskussion über diese Problematik anschließen.

Praktischer Hinweis:

„Pray the Devil Back to Hell“, 2008, 72 Min., OV Englisch mit franz. Untertiteln, **Donnerstag, 8. November um 18 30 im Utopia**

ENGAGIEREN SIE SICH FÜR DHONDUP WANGCHEN!



DHONDUP WANGCHEN

Gewaltloser politischer Gefangener

Geburtsdatum : 17 octobre 1974

Beruf : Dokumentarfilmer

Aufenthaltort zurzeit : Gefängnis Xichuan, Yining City, Qinghai, China

Familiäre Situation : Ehefrau Lhamo Tso und vier Kinder

Aktuelle Situation:

Seit dem 26. März befindet sich Dhondup Wangchen zu Unrecht in Haft. Laut eigenen Angaben wurde er während seiner Verhöre massiv gefoltert. Obwohl Wangchen an Hepatitis B leidet, wird ihm medizinische Versorgung verweigert.

Vorgeschichte:

Dhondup Wangchen ist ein tibetischer Dokumentarfilmer. Er hat vor den olympischen Spielen 2008 in Peking den Film «Leaving Fear Behind» gedreht. Darin kommen über 100 TibeterInnen zu Wort, die ihre Meinung über die Situation der Menschenrechte in Tibet und über den Dalai Lama äußern. Nach Fertigstellung des Films wurde Wangchen im März 2008 in der Provinz Qinghai festgenommen, angeklagt und der «Staatsgefährdung» für schuldig befunden. Amnesty International betrachtet ihn als gewaltlosen politischen Gefangenen und setzt sich mit Nachdruck für seine Freilassung ein.

Zukunft:

Dhondup Wangchen wurde 2008 in einem geheimen Gerichtsverfahren zu sechs Jahren Haft verurteilt. Wangchens Familie wurde von den chinesischen Behörden gezwungen, den beauftragten Anwälten die Verteidigung wieder zu entziehen. Darum weiß man heute nicht, ob Wangchen jemals anwaltlichen Beistand hatte. Rechtsmittel gegen das Urteil durfte er nicht einlegen.

HELFEN SIE MIT:

Fordern Sie die sofortige Freilassung von Dhondup Wangchen: Unterschreiben Sie die Petition auf www.amnesty.lu!

WERDEN SIE MITGLIED VON AI-LUXEMBURG: HELFEN SIE MIT FÜR DIE MENSCHENRECHTE

Haben Sie schon einmal daran gedacht, Mitglied bei Amnesty International zu werden? Es ist nie zu spät, als Mitglied am Leben unserer Sektion teilzunehmen. Ihr Beitrag wird es uns ermöglichen, alle unsere Aktionen und Kampagnen zu unterstützen, unsere Unabhängigkeit zu wahren und größeren Druck auf die Regierungen und die für Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen auszuüben.

Der Beitrag beläuft sich auf **30 Euro** jährlich (**10 Euro** für Studierende und Arbeitslose). Er sichert Ihnen den Erhalt Ihrer Mitgliedskarte und gibt Ihnen Zugang zu Fortbildungen, Vorträgen oder Veranstaltungen sowie das Stimmrecht bei der Generalversammlung.

Als Mitglied haben Sie ebenfalls die Möglichkeit, direkt an unseren Aktionen zum Schutz der Menschenrechte teilzunehmen indem Sie sich in eine unserer Arbeitsgruppen einschreiben oder eine eigene, Ihren Interessen entsprechende Gruppe gründen. Um mehr Informationen über die bestehenden Gruppen der luxemburgischen Sektion zu erhalten, schicken Sie eine E-Mail an a.argirova@amnesty.lu.

Um Mitglied zu werden, brauchen Sie nur das Beitrittsformular auf unserer Website www.amnesty.lu auszufüllen und eine Überweisung auf eines der folgenden Konten zu tätigen (**Verwendungszweck: « cotisation »**):

CCPL : IBAN LU08 1111 0000 3333 0000
 BCEE : IBAN LU94 0019 1000 3907 2000
 BIL : IBAN LU58 0023 1003 7450 0000
 BGL : IBAN LU56 0030 1292 9427 0000

Die Stimmen unserer Mitglieder...

JOSEPHA, Juristin, Frankreich:

Ich bin aktives Mitglied von AIL geworden, weil es mir wichtig ist, an der Anprangerung der Menschenrechtsverletzungen, die auf der ganzen Welt stattfinden, teilzunehmen. Ich schätze besonders die Aktionen von AIL, einer kleinen Sektion, in der eine herzliche Stimmung herrscht: So zählt die Aktivität jedes einzelnen aktiven Mitglieds.

JEANNE, Rentnerin, Luxemburg:

Ich bin zu Amnesty International Luxemburg gekommen, weil die Stärke dieser Organisation von der Anzahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten abhängt. Sich engagieren - im Rahmen der eigenen Möglichkeiten - um die Männer und Frauen zu unterstützen und ermutigen, die, weit entfernt, ohne Schutz vor den Erniedrigungen und der Willkür in ihren Ländern sind, ist für mich eine moralische Verpflichtung in unseren turbulenten Zeiten.